



## Verhandlungsschrift,

über die am **Montag, 30.01.2017**,  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **12. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 17.00 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 11. Sitzung des Gemeinderates vom 19.12.2016 liegt zur Einsichtnahme auf.

---

**\*Männliche/weibliche Form im Text**

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.



# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 19.01.2017 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfrage von GR. Prof. Mag. Walter Teubl gemäß § 10 GOGR an Bürgermeister Dr. Andreas Rabl betreffend personelle Veränderungen im Magistrat  
DI-Verf-029-2017

Bgm. Dr. Rabl beantwortet die Anfrage wie folgt:

- 1 Wie viele Kündigungen sind seit Ihrem Amtsantritt am Magistrat der Stadt Wels erfolgt?

Antwort:

Kündigung durch Dienstnehmer:	102
Kündigung durch Dienstgeber:	4
Weitere Auflösungsgründe:	
Versetzung in den Ruhestand:	6
Entlassungen:	2
Vorzeitiger unberechtigter Austritt:	17
Auflösung während der Probezeit:	4
Verstorben sind 2 Dienstnehmer	

2. Wie viele einvernehmliche Dienstaufösungen gab es in diesem Zeitraum?

Antwort: 27

3. Wie viele Verträge wurden in diesem Zeitraum nicht mehr verlängert?

Antwort: 75

4. Wie viele Vollzeitstellen wurden durch Teilzeitstellen ersetzt?

Antwort: Durch zahlreiche Personalbewegungen innerhalb des Magistrates kann diese Frage nicht im Detail beantwortet werden. Als maßgebende Grundlage haben wir die entsprechende Mitarbeiteranzahl mit den jeweiligen Vollzeitäquivalenten gegenübergestellt:

Summe Vollzeitäquivalente: 817, Teilzeitäquivalente: 768, Gesamt 1.307,51

5. Wie viele Teilzeitbeschäftigte gibt es derzeit, wie viele Frauen / Männer?

Antwort: 768, davon 715 Frauen und 53 Männer, das überwiegend im Bereich der Kinderbetreuung.

6. Wie viele Abteilungsleiter und Dienststellenleiter werden im Zuge der Organisationsreform ihrer derzeitigen Position enthoben?

Antwort: 23

7. In welchen Bereichen wurde seit Ihrer Amtseinführung neues Personal eingestellt?

Antwort: Aufgrund zahlreicher Personalbewegungen innerhalb des Magistrates wurden in allen Abteilungen Personalaufnahmen vorgenommen, vorwiegend in den Bereichen mit den meisten Bewegungen, wie Seniorenbetreuung und Kindergärten und Horte sowie Städtische Betriebe.

8. Wie viele leitende Positionen (Abteilungsleiter, Dienststellenleiter) werden im Zuge der Organisationsreform neu besetzt?

Antwort:     Abteilungsleiter:     2  
                  Dienststellenleiter: 12

9. Wie viele interne Bewerbungen wurden in den soeben beendeten Bewerbungsfristen eingebracht?

Antwort: 17

10. Wie viele Personen waren am Magistrat der Stadt Wels per 1.1.2015 bzw. per 1.1.2017 insgesamt angestellt?

Antwort:  
per 1.1.2015: 1.715 (inklusive sämtlicher Aushilfskräfte - auch geringfügig Beschäftigte)  
per 1.1.2017: 1.585 (inklusive sämtlicher Aushilfskräfte - auch geringfügig Beschäftigte)

Anfrage von GR. Karl Schönberger gemäß § 10 GOGR an Bürgermeister Dr. Andreas Rabl betreffend Offenlegung von Aufwendungen für Inserate der Stadt Wels im Jahr 2016

DI-Verf-032-2016

Bgm. Dr. Rabl: GR. Karl Schönberger hat folgende Anfrage an mich gerichtet:

Sehr geehrter Bürgermeister Dr. Rabl!

1. Wie viel hat die Stadt Wels im Rechnungsjahr 2016 insgesamt für Inserate, Druckkostenbeiträge für redaktionell gestaltete PR-Beiträge, Radio-, TV- und Online-Beiträge oder dergleichen ausgegeben?
- o In welchen Medien? (Titel, Erscheinungsweise, Auflage, Erscheinungsgebiet)

- Auflistung der bezahlten Einschaltungen nach Medientitel und Einschaltungsdatum und detaillierter Kostenaufstellung.
  - Sind Druckkostenbeiträge für redaktionell gestaltete Beiträge (z.B. aus Kooperationen mit Medien) getätigt worden? Wenn ja, in welcher Höhe, in welcher Form, in welchen Medien und zu welchem Zweck?
2. Nach welchen Kriterien erfolgte die Auswahl der Medien und Themen bei der Vergabe der diversen Einschaltungen und Inserate?
- Inhaltlich-strategische Zielsetzung?
  - Wie teilen sich die Ausgaben nach Themen, Ressorts und verwendeten Medien (Werbespots in Kino, TV und Radio, Print, Online) auf?

Ich werde diese Anfrage schriftlich beantworten.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels,  
mit der die Parkgebühren-Verordnung der Stadt Wels geändert wird  
(6. Novelle der Parkgebühren-Verordnung der Stadt Wels)  
DI-Verf-2004-2017

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

GR. Mag. Humer: Hintergrund für diesen Dringlichkeitsantrag ist eine Änderung des Kraftfahrzeuggesetzes mit der 43. Novelle am 01. April. Bis dorthin haben wir immerhin noch 2 Monate und 2 Tage Zeit, deshalb hätten wir diese Änderung der Parkgebühren-Verordnung auch noch beim nächsten Gemeinderat am 13. März mittels einer normalen Amtsvorlage einbringen können. So dringend wäre es also nicht gewesen, weil auch zwischen dem 13. März und dem 1. April noch Zeit für die Kundmachung vorhanden ist.

Bgm. Dr. Rabl: Dazu ist ein Zusatzantrag (Anlage 2) eingelangt, der lautet:  
„Dem Beschlussantrag soll folgender Satz angefügt werden: Davon unberührt bleibt die jeweilig zulässige Höchstparkdauer, wobei der Beginn der Parkzeit mittels Parkuhr oder dergleichen anzuzeigen ist. Der Beschlussantrag möge daher ergänzt wie folgt lauten: Die als Anlage beigefügte 6. Novelle der Parkgebührenverordnung der Stadt Wels, wonach Elektrofahrzeuge mit eigener Nummerntafel, mit grüner Schrift und Umrandung von der Gebührenpflicht befreit sind. Davon unberührt bleibt die jeweilig zulässige Höchstparkdauer, wobei der Beginn der Parkzeit mittels Parkuhr oder dergleichen anzuzeigen ist.“

StR. Lehner: Es werden viele Kaufentscheidungen bezüglich Elektrofahrzeuge jetzt getroffen. Als Stadt Wels wollen wir diese Kaufentscheidung natürlich positiv beeinflussen. Wenn wir diesen Antrag heute beschließen, haben wir einen zusätzlichen Aspekt für eine Kaufentscheidung in Richtung E-Mobilität. Diese möchten wir speziell in Wels unterstützen.

GR. Mag. Humer: Von der wirtschaftlichen Seite betrachtet, gebe ich Herrn Stadtrat Lehner durchaus Recht. Die Juristerei ist etwas sehr Formales und die Geschäftsordnung nimmt auf diese Aspekte keine Rücksicht. Es geht hier um den Schaden für die

Sache. Inhaltlich ist dieser Antrag sehr positiv. Gerade mit den Dringlichkeitsanträgen habe ich als Jurist aber immer ein ambivalentes Verhältnis. Nach Durchsicht der Unterlagen kam ich zu dem Ergebnis, es hätte auch am 13.03. als Amtsvorlage seinen Charme, könnte noch auf der Amtstafel kundgemacht werden und am 01. April könnte die Verordnung - nicht als Aprilscherz - tatsächlich in Kraft treten. Die Geschäftsordnung lässt die wirtschaftlichen Aspekte nicht in diesem Sinne zu.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit mit

22 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 10 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)

zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Resolution an das Verkehrsministerium eine entsprechende rechtliche Grundlage für die Ausstellung und die Verwendung von Taxilenker-Ausweisen zu schaffen  
DI-Verf-2005-2017

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 3 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Resolution an die ÖBB Infrastruktur AG für einen rutschsicheren Übergang von Wels-Neustadt zum Gebäude des Hauptbahnhofes zu sorgen  
DI-Verf-2006-2017

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 4 beiliegenden Dringlichkeitsantrag. Dazu gibt es folgenden Abänderungsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion (Anlage 5):

Der Antrag möge bei Punkt 2 wie folgt geändert werden:

„Der Verkehrsreferent der Stadt Wels wird ersucht, umgehend mit der ÖBB Infrastruktur AG Kontakt aufzunehmen, damit eine geeignete Lösung für einen rutschsicheren Übergang von Wels Neustadt zum Gebäude des Hauptbahnhofes Wels gefunden wird.“

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Alle Dringlichkeitsanträge werden nach Abarbeitung der Tagesordnung behandelt.

Berichterstatter Gemeinderat Stefan Ganzert

1.)

**vordringlicher** Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Strategie zur Eindämmung des illegalen Glückspiels  
DI-Verf-2002-2017

GR. Ganzert: Wels gilt als Hotspot für illegales Glücksspiel und es soll sogar „mafiose Strukturen“ in unserer Stadt geben, sagte vor kurzem der zuständige FPÖ-Sicherheitslandesrat Edgar Podgorschek. Dieses Thema hat in den Medien in den letzten Wochen sehr viel Beachtung gefunden. Es ist an der Zeit, gemeinsam gegen das illegale Glücksspiel in Wels aufzutreten. Wer mit offenen Augen durch die Stadt geht dem fällt auf, dass wir zunehmend nicht nur legale Formen des Glückspiels in Form von Wettbüros, Annahmestellen etc. anbieten, sondern vor allem in Gaststätten und anderen Örtlichkeiten sogenannte „einarmigen Banditen“, das heißt nicht genehmigte Spielautomaten, stehen. Oft werde ich von Bewohnern unserer Stadt angesprochen, dass das der Polizei gemeldet gehört bzw. etwas dagegen unternommen werden muss. Die Polizei meint darüber Bescheid zu wissen, aber nichts dagegen tun zu können.

Es geht aber auch anders. Im Bezirk Grieskirchen ziehen die Finanzpolizei, die Behörden, die BH Grieskirchen etc. an einem Strang und gehen gemeinsam in Task Forces gegen das illegale Glücksspiel vor. Das ist auch der Grund dafür, warum die SPÖ-Fraktion in der heutigen Sitzung den zuständigen Sicherheitsreferenten der Stadt Wels auffordert, endlich eine Strategie gegen das illegale Glücksspiel zu beschließen und diese einzuleiten. Aufgrund der Dringlichkeit dieser Sache soll der Gemeinderat bis 31.03.2017 über die gesetzten Punkte und die eingeleiteten Maßnahmen informiert werden.

Illegales oder legales Glücksspiel schadet nicht nur unserem Stadtbild und ist nicht nur für die Anrainer ein großes Problem, sondern zerreißt in vielen Fällen ganze Familien und ist für sehr viele Schicksale verantwortlich. Ich ersuche sie um Zustimmung zu diesem Antrag und um eine rege Diskussion.

Vzbgm. Kroiß: Stefan Ganzert, ein ganz großes Ja zur Eindämmung des illegalen Glückspiels in Wels, aber auch ein Ja zur Eindämmung des legalen Glückspiels in Wels. Das fehlt mir in diesem Antrag. Es freut mich, dass mich die SPÖ bei meinen Bemühungen um mehr Sicherheit in unserer Stadt unterstützt, wobei ich der Überzeugung bin, das Thema illegales Glücksspiel ist ein noch viel größeres soziales Problem.

Bevor wir uns mit einer Strategie befassen, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass es sehr viele bewilligte legale Spiellokale, wie Tipp 3-Wettannahmestellen, Wettunternehmen und bewilligte Automatenalons gibt. Leider gibt es auch sehr viele illegal aufgestellte Automaten in Gasthäusern, in Tankstellenbuffets oder in sonstigen Räumlichkeiten. Es gibt dazu sehr viele unterschiedliche Gesetzesmaterien, die das Thema illegales Glücksspiel behandeln. Zuständig für die Überwachung dieser illegalen Spielautomaten

ist einerseits die Bundespolizei und andererseits die Finanzpolizei, die hier sehr oft gemeinsam agieren, um das illegale Glückspiel einzudämmen.

2016 gab es 17 Großkontrollen der Bundes- und Finanzpolizei und es wurden sehr viele Verwaltungsstrafverfahren, Beschlagnahmeverfahren und Einziehungsverfahren eingeleitet. Dabei wurden 76 Automaten beschlagnahmt. Bei 11 Betrieben wurde die Schließung angedroht und drei Betriebe haben auch freiwillig geschlossen. Ich glaube, die Behörden sind sich durchaus ihrer Verantwortung bewusst und kontrollieren verstärkt diese Lokale, weil es hier von Seiten des Landes bereits Gespräche mit der Polizei und dem Landesrat Podgorschek gab, um dieses illegale Glückspiel einzudämmen. Bereits heuer wurden schon 46 Automaten beschlagnahmt. Nach Auskunft der Finanz- und der Bundespolizei werden diese intensiven Kontrollen auch fortgesetzt.

Wir sind uns alle einig darüber, dass die Finanz- und die Bundespolizei genügend Personal benötigen, um noch mehr Kontrollen durchführen zu können. Denn wenn ein Automat beschlagnahmt wird, wird wahrscheinlich am nächsten Tag irgendwo ein neuer aufgestellt. Sowohl die Bundes- als auch die Finanzpolizei setzten sich das als Schwerpunkt und möchten intensiv diese Lokale kontrollieren bzw. haben das Ziel diese zu schließen. Allerdings ist die Beweisführung dazu durchaus sehr schwierig und wir müssen in unseren politischen Gremien einwirken, damit die Gesetzeslage für die Behörden einfacher wird. Als Stadt Wels müssen wir schauen, ein Mitsprache- und ein Einspruchsrecht bei Bewilligungen zu bekommen.

Ich habe mit diesem Antrag insofern ein Problem, weil von den besagten Behörden Maßnahmen bereits gesetzt werden und viele sich in der Umsetzung befinden. Welche Maßnahme oder Strategie verfolgt die SPÖ-Fraktion zur Eindämmung des illegalen und auch des legalen Glückspiels? Gerne würde ich im zuständigen Ausschuss darüber diskutieren und den zuständigen kompetenten Fachbeamten der Finanzpolizei dazu einladen, um den Ausschussmitgliedern erklären lassen zu können, wie diese Kontrollen ablaufen und welche Maßnahmen gesetzt werden. Es wäre sinnvoll dann im Ausschuss darüber zu diskutieren, ob uns als Stadt Wels diese Maßnahmen ausreichen bzw. welche Vorstellungen wir dazu noch haben.

StR. Reindl-Schwaighofer: Das Thema Glücksspiel beschäftigt uns insgesamt schon länger - manche in der Vergangenheit beruflich, im Zusammenhang mit dem Management, als Polizisten oder indem sie als Gemeinderat Anträge im Gemeinderat einbrachten. Diese geführten Diskussionen hatten auch vor ein paar Jahren ähnliche Argumentationslinien, allerdings wurden die Seiten gewechselt.

Bei Betrachtung dieser geführten Debatten war immer klar, dass eigentlich am Glücksspiel bzw. an den Glückspielautomaten in Lokalen zu diesem Zeitpunkt natürlich Bürgermeister Dr. Koits zuständig und an allem schuld war. Jetzt hören wir, dass von Seiten der Stadt Wels kaum etwas zu machen ist und wir eigentlich keine Kompetenz haben. Ich bin heute noch der Meinung, die Stadt hat verkürzte Kompetenzen und sie würde mehr Kompetenzen benötigen. Wir beschlossen gemeinsam Resolutionen, um eine Handhabe betreffend Bewilligungen von Lokalen etc. zu bekommen. Es kann nicht sein, dass die Landesbehörde ohne das Recht auf Einspruch unsererseits solche Genehmigungen erteilt.

Wenn Landesrat Podgorschek dramatisch formuliert „mafiöse Strukturen“ in Wels im Glücksspiel sieht, würde ich mir erwarten, dass in diesem Bereich das Land den Kom-

munen, den Standortgemeinden mehr Möglichkeiten gibt Nein zu sagen, um das legale Glückspiel zu verhindern. Eine wesentliche Seite ist auch der unkontrollierte Wildwuchs des illegalen Glücksspiels, der eine starke Zuwendung seitens der Finanzbehörde bzw. der Polizei benötigt, um entsprechende Erfolge zu erzielen.

In Grieskirchen ist es anscheinend durch konsequentes Vorgehen, konsequentes Beschlagnahmen und durch konsequentes Entziehen der Betreibergenehmigungen gelungen das Ganze einzudämmen. Wir möchten, dass uns eine Strategie zum Thema Glücksspiel, illegales Glücksspiel vorgelegt wird. Bei der politischen Facette sollten wir schauen, dass das Land uns Möglichkeiten zur Ablehnung gibt. So viele Innenstadtförderungen können wir gar nicht vergeben, denn bei vielen Glückspiellokalen hat das einen negativen Beigeschmack in der Sichtweise auf die gesamte Innenstadt und die Frequenz.

Die Stadt müsste aber andererseits eine Rolle bei der Eindämmung des illegalen Glücksspiels spielen. Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, das fehlte mir bei deinen Ausführungen. Du sagst, die Bundes- und die Finanzpolizei sei zuständig. Ich sage aber, dass wir uns als Standortgemeinde für zuständig erklären sollten, um in diesem Bereich schärfere Maßnahmen setzen zu können.

Wir werden in diesen Dialog eintreten und gemeinsam versuchen die Eindämmung des Glücksspiels voranzutreiben. Wichtig wird sein, dass der Sicherheitsreferent, so wie er es in anderen Bereichen auch macht, seine Konzepte vorlegt, um gemeinsam darüber diskutieren zu können.

GR. LAbg. Dr. Csar: Glücksspiel, gleichgültig ob legal oder illegal, ist ein Problem für die Menschen, für die Gesellschaft und für die Familien. Besonders für die Betroffenen - daran gingen schon viele Familien in die Brüche. Das müssen wir dementsprechend verhindern. Es ist ein gesellschaftliches und ein politisches Problem, welches wir mit allen Mitteln bekämpfen müssen.

Die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen sind im Glückspiel- und im Wettgesetz geregelt. Diese Landesgesetze wurden im letzten Jahr einer Novelle unterzogen und verschärft, aber das bedeutet immer noch keine richtige, tatsächliche und aktive Hilfe für die Betroffenen. Insbesondere ist es ein Problem für die Bevölkerung und die Anrainer, weil es immer wieder Schwierigkeiten mit den Gästen dieser Lokale gibt. Daher müssen wir gemeinsam dagegen vorgehen und nach Möglichkeiten suchen, damit das Glücksspiel und die Wetten eingedämmt werden können.

Die gesetzlichen Grundlagen können sicher noch einmal optimiert und verbessert werden. Wir sollten uns noch darüber unterhalten, was und wie wir etwas erreichen möchten. Es sollte gemeinsam mit einem Konvolut an Vorschlägen und Ideen, die wir in weiterer Folge dann auf Landesebene umgesetzt haben wollen, an den Landesgesetzgeber herangetreten werden. Es ist wichtig uns darüber überfraktionell innerhalb des Gemeinderates zu unterhalten. Wir dürfen nicht vergessen, wir werden bei unserem politischen Wollen an Grenzen stoßen. Das heißt, wir werden keinen absoluten Schutz für die Menschen durch dieses Gesetz erreichen können.

Ich stelle daher den Geschäftsordnungsantrag, diesen Initiativantrag in den zuständigen Ausschuss zu verweisen, damit wir uns über dieses Thema noch intensiver unterhalten und eine gemeinsame Willensbildung aussprechen können.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. LAbg. Dr. Csar auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 6) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion in den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird mit

20 Ja-Stimmen (FPÖ- und ÖVP- Fraktion)  
gegen 12 Nein-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
angenommen.

Berichterstatter Gemeinderat Prof. Mag. Walter Teubl

2.)

**vordringlicher** Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Erstellung einer Handy-App „Unterwegs in Wels“  
DI-Verf-2001-2017

Bgm. Dr. Rabl: Dazu gibt es einen Zusatzantrag (Anlage 8) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, wobei dem Beschlusstext folgender Satz angefügt werden soll: „Die Durchführung sowie die Kosten obliegen den jeweils zuständigen, mit dem öffentlichen Personennahverkehr beauftragten Unternehmen in der Stadt Wels.“ Ich ersuche diesen Zusatz mitzudiskutieren.

GR. Prof. Mag. Teubl: Der vorliegende Antrag der GRÜNEN will eine App mit dem Titel „Unterwegs in Wels“ initiieren. Eine Handy-App, die für die Stadtbusse und das Sammeltaxi in Wels Erleichterungen für die Benutzer bringen. Warum wollen wir das? Wir diskutieren derzeit Verbesserungen im Welser Linienverkehr. Das machen wir nun schon seit zwei Jahren und wir werden hoffentlich bald zu einem guten Ende finden. Hier fehlt mir, dass darüber gesprochen wird, wie die Handhabbarkeit für die Kunden der öffentlichen Verkehrsmittel aussieht. Zukünftig werden wir wahrscheinlich einen Abendbus, aber keinen Sonntags- oder Nachtbus haben und daher nach wie vor das Sammeltaxi benötigen.

Das Anrufsammeltaxi wird in Wels als Alternative zum Bus gesehen - am Sonntag und für die späten Abendstunden. In Wirklichkeit ist diese Alternative aber wenig bedienerfreundlich. Dazu ist es notwendig mindestens eine halbe Stunde vor Inanspruchnahme die Nummer 206969 anzurufen und dort die Abfahrtsstelle bekanntzugeben, wie viele Personen mitfahren und das Fahrziel. Das Problem ist nur, die Abfahrtsstelle soll mit der richtigen Nummer angegeben werden. Damit beginnt die Malaise, denn wenn ich es nicht weiß, werde ich höchstwahrscheinlich das Internet bemühen. Bei der Eingabe von „Anrufsammeltaxi Wels“ in Google landet man bei der Linie Wels und dort gibt es eine ziemlich großformatige PDF-Datei zum Herunterladen. Auf dieser finden sie einen Plan mit den Abfahrtsstellen, welche nicht lagegenau eingezeichnet sind. Das heißt, man muss in der Realität sehr genau schauen, wo sie dann tatsächlich sind. Außerdem handelt es sich bei diesem Plan um einen Stadtplan, in dem sehr wenige Straßenbezeich-

nungen eingefügt sind, sodass selbst autochthone Welser oft damit ein Problem haben diese Haltestellen zu finden, geschweige denn ortsunkundige Personen.

Wenn man weder die Haltestellennummer weiß noch über die Möglichkeit des Internets verfügt, um sich diese PDF-Datei anzusehen bzw. auch zu verstehen, wird es schwierig diese Anrufsammeltaxifunktion überhaupt in Anspruch zu nehmen, denn der Anruf landet in Linz. Dort sitzen auch ortsunkundige Menschen am Apparat und möchten deshalb ganz genau wissen, welche Haltestelle gebucht werden soll. Ich habe selbst bei einem Anruf in dieser Zentrale, mit der Bitte ein Sammeltaxi zum Krankenhaus zu schicken, erlebt, dass es nicht funktionierte, weil der Herr in der Zentrale meinte, dass es diese Haltestelle nicht gibt. Er hat Recht, diese Haltestelle gibt es nicht, weil sie Klinikum heißt und darum war eine Fahrt vom Klinikum nach Hause mit dem Sammeltaxi unmöglich. Ich denke, an einem Sonntag möchten sicher viele Menschen das Sammeltaxi in Anspruch nehmen. Das Anrufsammeltaxi und seine Bedienung ist eigentlich Stand der Technik aus dem vorigen Jahrhundert.

Ich möchte kurz unsere Idealvorstellung skizzieren. Wir wünschen uns eine App, die bei Einschaltung von GPS den Standort erkennt, die nächste Abfahrtsstelle des Sammeltaxis anzeigt, auf einem Plan ersichtlich macht, wie sie erreicht wird, die Bezeichnung der Abfahrtsstelle in ein Bestellformular übernimmt und durch Eingabe von Abfahrtszeit und Personenanzahl die Bestellung auch gleich ermöglicht. Daraufhin sollte die Bestellung bestätigt werden und eventuell eine Bezahlungsmöglichkeit, damit das gleich erledigt ist. Das wäre der Stand des 21. Jahrhunderts.

Noch schlimmer steht es um die Stadtbusse, denn will man etwas über den Busverkehr in Wels wissen und geht auf die Homepage der Linie Wels, ist wieder nur ein PDF-Download möglich, und zwar 18 verschiedene. Der 1. Download „Verkehrsspinne Wels und Thalheim“ ist ein großformatiger Plan mit dem Liniennetzplan von Wels, aber ohne darunterliegenden Stadtplan. Für Ortsunkundige ist wieder völlig unklar, wo die Haltestellen sich tatsächlich befinden. Aber auch für Welser ist es sicher nicht leicht festzustellen, welches die nächste Haltestelle ist. Da sämtliche Linien einzeln angeführt sind, heißt das, dass bei einem Umstieg mehrere PDF-Dateien geöffnet werden müssen. Diese PDF-Dateien zeigen mir dann das Fahrplanbild des Fahrplanheftes, die nicht gerade ein Musterbeispiel für Übersichtlichkeit sind.

Auch hier sind wir bei Weitem nicht auf dem Stand der Technik. Wenn drei PDFs geöffnet werden müssen, um zu wissen, wo und wann die Linien fahren bzw. wo ich umsteigen muss, dann wird wahrscheinlich der geduldigste Nutzer nicht gut damit zurechtkommen können. Hier würden wir uns wünschen, dass eine App mit GPS-Funktion feststellen kann, wo ich bin, mir die nächste Haltestelle des Liniensverkehrs anzeigt, dass eine Fahrplanauskunft von Adresse zu Adresse möglich ist. Das heißt, sie soll die Dauer des Fußweges bis zur nächsten Haltestelle und die Linie zur Weiterfahrt anzeigen. Das ist Stand des 21. Jahrhunderts.

Wir wünschen uns auch eine Echtzeitangabe. Dazu wäre es nötig, dass die Busse der Linie Wels selbst über ein GPS verfügen, damit festgestellt werden kann, wo sie sind. Jedes Müllauto der Stadt hat das inzwischen. Dadurch wäre es möglich, auch Verspätungen in dieser App anzuzeigen, um nicht nur die fahrplanmäßige Abfahrtszeit zu sehen, sondern die tatsächliche. Schließlich würden wir uns wünschen, dass diese App auch einen Abfahrtsmonitor für jede Abfahrtshaltestelle erhält, damit die nächsten Ab-

fahrtszeiten ersichtlich sind und der Linienplan in übersichtlicher Form bereitgestellt wird. Das Tüpfelchen auf dem i wäre eine Bezahlungsfunktion, die die Bezahlung vom Konto oder mit einer hinterlegten Kreditkarte ermöglicht, denn dann wären wir mit dieser App wirklich am Stand des 21. Jahrhunderts. „Unterwegs in Wels“ sollte alle öffentlichen Verkehrsmittel zusammenführen und in einer Form bereitstellen, damit die Inanspruchnahme für die Kunden nur einiger weniger Klicks bedarf.

Ich hoffe, sie können sich mit dieser Idee anfreunden. Der Zusatzantrag der SPÖ-Fraktion ist natürlich sehr zu begrüßen, denn es ist gut klarzustellen, dass das nicht die Stadt Wels, sondern die Betreiberfirma machen sollte. Aber es braucht den politischen Auftrag so etwas endlich in Angriff zu nehmen, sonst sind wir in diesem Punkt nicht wirklich „up to date.“ Irgendwann soll ein übersichtliches Fahrplanheft erscheinen, mit großem Stadtplan und eingezeichneten Linien, damit man weiß, wo die Busse in der Realität wirklich fahren und bei den wichtigsten Haltestellen Abfahrtsmonitore, die zeigen, wann der Bus tatsächlich kommt. Das ist Zukunftsmusik, aber diese App kann sofort in Auftrag gegeben werden und in wenigen Monaten zur Verfügung stehen. Ich ersehe sie daher um Unterstützung unseres Antrages.

GR. Schäfer: Als Jugendsprecher der FPÖ freut es mich ganz besonders, dass immer wieder solche innovative Ideen in den Gemeinderat eingebracht werden. Mit dem Ausbau des WLAN in der Innenstadt ist als nächster logischer Schritt die Forcierung neuer Medien, damit auch die Stadt Wels moderner werden kann. Es stellt sich die Frage, ob das Rad hier neu erfunden werden muss. Dieses bereits erfundene Rad nennt sich ÖBB-Scotty - eine App der Österreichischen Bundesbahnen. Hier sind österreichweit sämtliche Verkehrsverbindungen in einer zuverlässigen App gebündelt. Ich als Student habe diese App schon oft auf den Weg zur Uni benötigt.

Um ihnen darstellen zu können, wie diese App funktioniert, habe ich einen kleinen virtuellen Weg von mir zu Hause zur Universität vorbereitet. Ich gebe als Start Anne-Frank-Straße in die App ein, worauf mir diese einen sechsminütigen Fußweg, 422 m bis zur nächsten Bushaltestelle Wels-Oberfeldstraße anzeigt. Laut App muss ich hier in die Linie 4 einsteigen, Richtung Hauptbahnhof. Diesen erreiche ich nach neun Minuten und acht Zwischenhalte. Ein weiterer Fußweg von drei Minuten führt mich zum Hauptbahnhof, wo auf Gleis 1 die Westbahn wegfährt. In Linz angekommen führt mich ein Fußweg von fünf Minuten in das Tiefgeschoß des Hauptbahnhofes, um dann mit der Straßenbahn zur Uni zu gelangen.

Diese kleine Vorführung soll zeigen, dass es bereits diese gewünschten Möglichkeiten gibt. Meiner Beschreibung konnten sie entnehmen, dass es hier bereits Abfahrts- und Ankunftszeiten, genaue Fußwegbeschreibungen gibt und sogar die Entfernung in Metern angeführt wird. Deshalb stelle ich den Geschäftsordnungsantrag, diesen Initiativantrag in den zuständigen Ausschuss zu verweisen, um dort über mögliche Verlinkungen zu diskutieren.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Schäfer auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 7) der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion in den zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung wird mit

20 Ja-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
gegen 12 Nein-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

3.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Ausschussverordnung 2015 abgeändert wird  
(1. Novelle zur Ausschussverordnung 2015)  
DI-Verf-012-2017

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 17.01.2017, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende 1. Novelle zur Ausschussverordnung 2015 beschließen.

Einstimmig angenommen.

4.)

Thomas Plochberger, Wels, Dr. Schauer-Straße 20/3;  
Kauf der stadteigenen Wohnung Nr. 13 im Objekt Wels,  
Flemingstraße 11  
DI-ZR-12-2015

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 17.01.2017:

Die im Eigentum der Stadt Wels befindliche Wohnung Nr. 13 im Objekt Flemingstraße 11 (Wohnnutzfläche 90,77 m<sup>2</sup>), wird unter nachstehenden Bedingungen an Herrn Thomas PLOCHBERGER, Wels, Dr.-Schauer-Straße 20/3, verkauft.

**1. Kaufpreis:**

1.1. Der Kaufpreis für die Wohnung Nr. 13 beträgt **€ 95.900,00**

inklusive des aushaftenden Darlehens Wohnbauförderung mit Stichtag per 01.02.2017 in Höhe von € 3.295,81.

Das aushaftende Darlehen betreffend die Wohnung Nr. 13 im Objekt Flemingstraße 11 wird durch den Käufer übernommen.

1.2 Die Berichtigung des Kaufpreises für die Wohnung erfolgt in der nachstehend angeführten Weise:

a) Barbetrag in Höhe von ..... € 92.604,19

b) Darlehen Wohnbauförderung .....per 01.02.2017 ..... € 3.295,81

**2. Kosten:**

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren, Abgaben und Steuern, gehen zu Lasten des Käufers.

Einstimmig angenommen.

5.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2017

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 17.01.2017:

Die in den Anlagen 1 und 2 des Amtsberichtes dargestellten Kreditüberschreitungen werden genehmigt.

Einstimmig angenommen.

6.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat  
FD-Buch-14-2017

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 17.01.2017:

Die in der Anlage 1 des Amtsberichtes dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Huber. Bgm. Dr. Rabl verlässt den Sitzungssaal.

Vzbgm. Huber: Zu den Tagesordnungspunkten 7., 8. und 9. hat der Gemeinderat über drei Bescheide zu beraten und zu beschließen, die personenbezogene Daten im Sinne des Datenschutzgesetzes beinhalten. Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, der Gemeinderat möge beschließen, dass die Öffentlichkeit zu den Tagesordnungspunkten 7., 8. und 9. ausgeschlossen wird.

Bevor wir darüber abstimmen, bitte ich die Zuhörer, die Medienvertreter für diese drei Tagesordnungspunkte den Saal zu verlassen. Das ist leider so vorgesehen und ich erseuche sie um Verständnis.

Die Sitzung des Gemeinderates ist von 15.48 bis 15.54 Uhr unterbrochen.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

7.)

Mitteilung des Bürgermeisters vom 12.05.2016  
vorzeitige Abberufung; Berufung; Beschwerde;  
Beschwerdevorentscheidung; Beschwerdevorlage  
RMB-PersR-002-2016

Dieser Tagesordnungspunkt wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

8.)

Mitteilung des Bürgermeisters vom 12.05.2016  
Nicht-Weiterbestellung; Berufung; Beschwerde;  
Beschwerdevorentscheidung; Beschwerdevorlage  
RMB-PersR-003-2016

Dieser Tagesordnungspunkt wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

9.)

Antrag auf Ausstellung eines Feststellungsbescheides  
über die Streichung der Mehrleistungen und die Kürzung des  
Fahrtkostenzuschusses; Weiterleitung an den Magistrat der Stadt Wels  
DI-PersR-18168-2016

Dieser Tagesordnungspunkt wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Nach der nicht öffentlichen Behandlung der Tagesordnungspunkte 7. bis 9. wird der öffentliche Teil der Sitzung des Gemeinderates fortgeführt.

Vzbgm. Huber bedankt sich bei den Zuhörern für ihr Verständnis und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Stadtrat Klaus Hoflehner

10.)

Straßenbauprogramm der Stadt Wels für das Jahr 2017;  
Grundsatzbeschluss  
BauD-BauS-21-2017

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Verkehrsausschuss am 17.01.2017, der Gemeinderat der Stadt Wels möge das beigefügte Straßenbauprogramm 2017 grundsätzlich genehmigen.

GR. Schönberger: Das Straßenbauprogramm ist - wie alle Jahre - wieder sehr umfangreich. Seit mittlerweile 14 Jahren beinhaltet das Programm den Kreisverkehr Oberfeldstraße/Grieskirchner Straße. Jetzt ist angemerkt „vorbehaltlich der Grundeinlöse“. Seit 10 Jahren wissen wir, der Eigentümer will den Grund dort einfach nicht hergeben. Es wäre sehr angebracht, sich hier Alternativen zu überlegen, weil die Oberfeldstraße am Freitagnachmittag und Samstag so gut wie unbefahrbar für die Anrainer geworden ist. Ich würde mir wünschen Dinge nicht nur auf das Papier zu bringen, sondern sie auch irgendwann einmal umzusetzen.

Bgm. Dr. Rabl: Das Straßenbauprogramm selbst ist ausgezeichnet, möchte aber ein paar Worte zur Grieskirchner Straße/Oberfeldstraße anbringen. Ich habe mich selbst mit Herrn Hofbauer, mit seiner Tochter, mit seiner Cousine und gegenüberliegenden Unternehmern zusammengesetzt und um Verkauf dieses kleinen Fleckchen Grundstücks ersucht. Er weigert sich standhaft das zu tun und es kann weder dem Verkehrsreferenten noch der Beamtenschaft Untätigkeit vorgeworfen werden. Wenn jemand

nicht verkaufen will, dann will er halt nicht. Es gibt noch die Möglichkeit der Enteignung. Dazu fehlt die notwendige gesetzliche Handhabe aus unserer Sicht, weshalb wir auf den Kreisverkehr Oberfeldstraße/Grieskirchner Straße wahrscheinlich noch weiter warten müssen bis vielleicht ein Meinungswechsel oder ein Generationenwechsel stattfinden wird.

Lieber Karli, du weißt das auch, aber ich würde dir aus Sicht der Stadt Wels sofort die Vollmacht und die Befugnisse geben, damit du mit Herrn Hofbauer verhandeln kannst. Vielleicht kommst du dann zu einem anderen, besseren Ergebnis. Ich weiß aber, sehr viele Straßenbaureferenten vor dir und Bürgermeister vor mir führten diesbezüglich schon Gespräche – alle erfolglos. Der Versuch wäre es aber wert.

GR. Prähofer: Es ist grundsätzlich sehr erfreulich, dass sich in diesem Programm auch Maßnahmen für die Radfahrer befinden. Diese gehen uns aber bei Weitem nicht weit genug. Wir vermissen wirklich ein umfassendes nachhaltiges Konzept, das sukzessive in den nächsten Jahren umgesetzt werden kann, denn unser aller Ziel war eine radfreundliche Stadt zu werden. Eltern wollen ihre Kinder nicht alleine in die Stadt fahren lassen, weil es aus ihrer Sicht einfach zu gefährlich für sie ist. Das liegt unter anderem auch an Radwegen, deren Markierungen nach wie vor ins Leere führen, wie bei Schlüsselstellen im Stadtverkehr, beim Schloß Pollheim oder auch vor dem Kreisverkehr beim Welios. Deren Hauptziel sind die Kinder. Auch der Herminenhof ist nicht von allen Richtungen durchgängig auf Radwegen erreichbar. Ein weiterer langjähriger Diskussionspunkt ist die Öffnung der Roseggerstraße in beide Richtungen.

Wir setzten uns mit dem Verein der Welser Radler zusammen. Bei diesem Verein möchte ich mich an dieser Stelle für ihre Zeit und ihr Engagement sehr herzlich bedanken. Aus deren Sicht ist die allerwichtigste Maßnahme die Verbindungen Nord-Süd und Ost-West. Die Achsen müssen gar nicht auf den Hauptverkehrswegen verlaufen, sie können auch an Parallelstraßen geführt werden. In Richtung Westen könnte das beispielsweise an der Hinterschweigerstraße sein. Weiteres Thema sind überdachte Abstellplätze in der Innenstadt, denn diese fehlen dort weitreichend vor allem in den etwas kälteren und nasser Jahren. In diesen ist es für die Radfahrer sehr unangenehm auf ihr nasses Fahrrad zu steigen. Die einzige Überdachung in der Innenstadt vor dem Rathaus muss ohne Ersatz der Weihnachtsdekoration weichen.

Wir bieten in Wels keine offizielle Mountainbike-Strecke an. Das könnte von der achtgrößten Stadt Österreichs erwartet werden. Ich glaube, dass es im Norden der Stadt - in Puchberg oder Oberthan - Möglichkeiten gibt, eine solche Strecke herzustellen. Diese angeführten Beispiele zeigen deutlich, wir müssen darauf in Zukunft ein verstärktes Augenmaß legen, wenn wir uns wirklich eine radfahrfreundliche Stadt nennen wollen.

GR. Mag. Humer: Bei dem Straßenbauprogramm handelt es sich um ein sehr engagiertes, ambitioniertes Programm. 3,2 Mio. Euro sind eine durchaus hohe Summe und wir beschließen in diesem Gemeinderat den Rahmen dieses Straßenbauprogrammes, den Neubau und die Erhaltung von Straßen, Gehwegen und Brücken. Die wesentliche Arbeit liegt aber bei den Kollegen der Straßenmeisterei. Diesen gebührt der Dank, weil sie hervorragende Arbeit leisten. Sie sind die Schnittstelle zwischen Politik und Bürger. Sie machen oft mit sehr wenig sehr viel.

Ich hoffe die Straßenerhaltungsstudie wird im Ausschuss noch weiter diskutiert und beschlossen, denn gerade die Straßenerhaltung ist sehr wichtig. Der heurige Winter wird

uns im März oder April zeigen, wo die Schwachstellen im Straßennetz sind. Dort, wo Risse sind, entstehen durch Tau- und anschließende Frostperioden sehr viele Schäden. Wir müssen bedenken, bei der Straßenerhaltung geht es um Haftungsfragen, zivilrechtlich im Wegerhaltungsgesetz. Es geht aber auch um die persönliche Haftung von Mitarbeitern der Stadt Wels in strafrechtlicher Hinsicht. Wir sind als Politik hier gut beraten, die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

Wie schon gesagt, die achtgrößte Stadt in Österreich hat sich ein zeitgemäßes, modernes Straßennetz verdient. Im Ausschuss wurde engagiert darüber diskutiert. Die Hauptwege sind gut erhalten. Aber bei den großteils sehr alten Nebenfahrbahnen gibt es teilweise diese gepflasterten Mulden. Dementsprechende Investitionen kosten Geld. Das muss es uns wert sein, denn dadurch ist wieder eine gewisse Lebensdauer von bis zu 20 bis 30 Jahren gegeben.

Außerdem – das sagte ich auch schon voriges Jahr - sind mir die Feinbeläge sehr wichtig. Ein Feinbelag ist wie die Versiegelung eines Zahnes - er kostet Geld, spart aber letztendlich beim Unterbau und dergleichen. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass die nächsten fünf bis zehn Jahre die Winter mild werden. Ich denke, es handelt sich hier um ein sehr engagiertes Programm, wo sich der Autofahrer genauso findet wie der Radfahrer durch Verdichtung des Radfahrnetzes.

Ein großes Kompliment möchte ich dem Herrn Baudirektor und den Kollegen, die hier wirklich ausgezeichnete Arbeit leisten, aussprechen. Wir als SPÖ-Gemeinderatsfraktion werden diesem Straßenbauprogramm 2017 im Zuge des Neubaus der Straßenerhaltung gerne zustimmen. Die Arbeit beginnt erst mit dem Tag der Beschlussfassung und darin liegt die Qualität der Umsetzung.

GR. Taitl: Die Gehwegbauten werden im Interesse der Sicherheit vordringlich behandelt. Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs, Schulwegsicherung und Sanierung von Unfallhäufungspunkten sowie zur Verkehrsberuhigung sind geplant. Bei den Straßen werden unter anderem Trageschichtverstärkungen notwendig. Wegen der Fertigstellung von Wohnbauten, Betrieben und neuen Siedlungen kann der Neubau von Straßen erst danach umgesetzt werden.

Im Straßenerhaltungsprogramm sind unter vielen Punkten größere Maßnahmen, wie Belagsarbeiten, vorgesehen. Brückenerhaltungsarbeiten werden mittlerweile von den eigenen Fachkräften durchgeführt. Die Finanzierung wird aus Mitteln des außerordentlichen und ordentlichen Haushaltes getätigt. Die Gesamtkosten betragen ca. 3,225.900 Euro.

Die Straßenerhaltung gliedert sich in die bauliche und betriebliche Erhaltung. Erforderliche Maßnahmen zur Verhinderung von Substanzverlust bzw. einer Verringerung des Anlagevermögens. Sofortmaßnahmen: Erstellen eines digitalen Straßenzustandes (Kataster), Präventionsmaßnahmen: Verstärkung der Sofortmaßnahmen der Straßenmeisterei im Zuge der betrieblichen Erhaltung, Fortführung der konsequenten Rissebehandlung, einfache Oberflächenbehandlung wie Bitumen- und Splittauftrag. Kurzfristige und mittelfristige Maßnahmen: Tragschichtverstärkungen bei Hauptverkehrsstraßen, Mittelrigole mit Grenzsteine bzw. Pflasterplatten ersetzen, fehlende Feinbelege systematisch nachrüsten, verwachsene Pflasterungen komplett erneuern. Austausch alter Betonbordsteinpflaster, Säume durch Granitsteinpflaster ersetzen.

Zum Abschluss bedanke ich mich im Namen unserer Fraktion bei allen Mitarbeitern der Straßenmeisterei, die im heurigen Winter großen Einsatz beweisen.

GR. Schönberger: Danke für das Verhandlungsmandat, aber diese Kreuzung Oberfeldstraße/Grieskirchner Straße ist mir viel zu wichtig, um sie hier zur Polemik zu machen. Es ist eine der wesentlichen Übergänge, um ampelgeregelt über die Kreuzung in der Grieskirchner Straße gehen zu können. Die nächste Möglichkeit dazu gibt es erst wieder in der Römerstraße. Wenn sie aus der Stadt kommend südlich Richtung Norden fahren und dann rechts abbiegen, um zum Schnitzelplatzerl zu kommen, ist das insbesondere am Wochenende eine „Harakiri Aktion“. Ich habe nicht gesagt hier jemanden enteignen zu müssen, sondern es sollte sich nach 10 Jahren – und wir wissen, dass wir das Grundstück nicht bekommen – jemand um alternative Lösungen bemühen. Wir sind für die Bevölkerung da und haben für deren Sicherheit zu sorgen. Wenn es nach 10 Jahren aus bautechnischen und eigentümerrechtlichen Gründen nicht möglich ist, wird über Alternativen nachgedacht werden müssen.

Uns ist allen klar, dass der Verkehr in der Oberfeldstraße immer mehr wird. Jährlich beschließen wir im Gemeinderat neue Verkehrsflächen in diesem Bereich. Außerdem ist die Erneuerung des Belages vor der Firma ZGONC im Straßenbauprogramm enthalten. Dort sollten wir Möglichkeiten zur Ummarkierung finden, damit diese Kreuzung sicherer wird. Mehr und nicht weniger wollte ich mit meinem Antrag.

StR. Hoflehner: Danke für die Diskussion. Ja, Karl Schönberger, es stimmt und wenn sich die angedachte Lösung nicht ergibt, wird sich die Verkehrsplanung und der Verkehrsreferent natürlich eine alternative Lösung überlegen und diese im Verkehrsausschuss besprechen.

Ich bin positiv überrascht, dass die ÖVP-Fraktion dem Radfahr- und Radwegekonzept in Wels so hohe Aufmerksamkeit schenkt. Ich denke, das ist mit dem Koalitionspartner so akkordiert. Im nächsten Budget, für das ich verantwortlich bin, bin ich bereit ein eigenes Radbudget zu erstellen - das hatten wir schon länger geplant. Dann rechne ich mit der Unterstützung der ÖVP-Fraktion. Der Raum in der Stadt Wels wird sich durch ein näheres Augenmerk auf den Radverkehr nicht erhöhen, sondern wir werden die Verkehrsflächen da und dort anders gestalten müssen.

Das zweite Argument neben der Wirtschaftlichkeit sollte den Welsern nicht vorenthalten werden. Eines meiner ersten Gespräche als Verkehrsreferent führte ich mit Radfahrer, weil ich nach den Budgetverhandlungen im November 2015 kein eigenes Radwege- und Radfahrbudget ausverhandelt habe. Zu diesem Zeitpunkt war es nicht möglich. Wenn wir alle willens sind diese Maßnahmen umzusetzen, dann haben wir vor Ort sicher den einen oder anderen Experten, wie die Welser Radler, Herrn Roland Kloss und all jene Alltagsfahrer, die selbst im Winter durch die Stadt fahren.

Auch das Vorgetragene betreffend Überdachung bzw. absperrbaren Boxen ist richtig und ich hoffe auf die Unterstützung aller Fraktionen, um hier Änderungen zu erzielen.

Der Antrag zu Punkt 10. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl verlässt die Sitzung um 16.15 Uhr.

Berichterstatterin Gemeinderätin Laurien Scheinecker

11.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Wiederaufnahme der Lehrlingsausbildung am Magistrat der Stadt Wels  
DI-Verf-2003-2017

GR. Scheinecker: Im letzten Jahr stellten wir einen ähnlichen Antrag betreffend Wichtigkeit von Lehrstellen am Magistrat, die Bedeutung der Vorbildwirkung im öffentlichen Dienst, um der Jugendarbeitslosigkeit als Gesellschaft Herr zu werden. In der Gemeinderatssitzung vom 27.04.2015 hat sich der Gemeinderat einstimmig für die Lehrlingsausbildung am Magistrat ausgesprochen. Danach gab es Wahlen und einen Aufnahmestopp mit Widerstand der SPÖ-Fraktion. Die Lehrlingsplätze wurden damals laut Presseaussendung von der FPÖ-Fraktion als „Wahlkampfsüßholz“ titulierte.

Viele meiner Argumente des letzten Jahres sind obsolet geworden. Nicht weil sich unser Standpunkt änderte, sondern weil sich die Agenda beim Thema Lehrlingsausbildung am Magistrat änderte. Wir brachten den Antrag fristgerecht ein und erfuhren kurz darauf durch eine Presseaussendung, dass der Magistrat sechs neue Lehrstellen mit Februar 2017 ausschreiben wird. Beharrlichkeit – manche mögen es als lästig bezeichnen – zahlt sich also aus. Den ersten Schritt – aufgrund dieser Beharrlichkeit - ist die Stadt Wels gegangen, der im letzten Jahr verhängte Aufnahmestopp ist Gott sei Dank aufgehoben. Die Richtung, in die diese Stadtregierung geht, ist begrüßenswert und unterstützen wir als SPÖ-Fraktion.

Sechs Lehrstellen sind gut. Gut verglichen zu einem Aufnahmestopp des letzten Jahres. Gut im Vergleich dazu, keine Ausbildungsplätze als Magistrat anzubieten. Aber gut ist bei Themen wie der Jugendarbeitslosigkeit leider nicht gut genug. Sechs Ausbildungsplätze bedeuten, dass wir den Vergleich scheuen müssen und kein gutes Vorbild sind. Ganz gleich welches „Benefiz-Süßholz“ wir diesen Ausbildungsplätzen dazugeben.

Um den Vergleich herstellen zu können und uns wegen der sechs Ausbildungsplätze nicht in Euphorie zu verlieren: Vor dem Aufnahmestopp gab es jährlich im Schnitt sieben bzw. acht neue Ausbildungsplätze am Magistrat. Am Welser Magistrat stehen derzeit 1.593 Bedienstete diesen sechs Ausbildungsplätzen gegenüber. Vergleichsweise sind am Linzer Magistrat 4.100 Bedienstete beschäftigt und bietet dieser 60 neue Arbeitsplätze im Jahr 2017 an.

Die eww-Gruppe bildet bei 750 Bediensteten dreimal so viele Lehrlinge im Jahr 2017 aus. In der Privatwirtschaft könnte die TGW am Standort Wels mit 1.300 Mitarbeiter als vergleichbare Größe herangezogen werden und diese nimmt im Jahr zwischen 30 und 35 neue Lehrlinge auf. Das sind Zahlen, an denen wir uns orientieren sollten. Wir fordern daher mehr als diese sechs Arbeits- und Ausbildungsplätze. Wir sollten unser Pensum an Ausbildungsplätzen für Jugendliche in unserer Stadt erhöhen. Die Stadt Wels muss und soll ein Vorbild sein, wenn wir den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit ernst nehmen wollen und muss sich definitiv nach oben orientieren.

Daher verdoppeln wir unsere Bemühungen im Kampf um die Jugendarbeitslosigkeit und um die Welser Jugend, denn keine Ausbildung bedeutet für Jugendliche kein Einkommen, Abhängigkeit von Sozialleistungen und sozialer Abstieg. Anstatt unsere Jugend als Zukunftsperspektive zu bezeichnen, haben wir dadurch Belastungen für unser Sozialsystem geschaffen, für die wir hier alle verantwortlich sind und für die die Steuerzahler aufkommen müssen. Deshalb ersuche ich den Gemeinderat einerseits um Diskussion zu diesem Thema und andererseits um Zustimmung, damit wir ein klares Zeichen gegen Jugendarbeitslosigkeit setzen, um unseren Auftrag als öffentlicher Dienstnehmer auch ernst zu nehmen.

GR. Paulusberger: Lehrlinge sind die Fachkräfte von morgen. Wie wichtig Ausbildungsplätze für Lehrlinge sind, ist uns allen klar. Daher werden im Februar sechs Lehrlinge am Magistrat aufgenommen. Ich halte nichts davon – wie in diesem Antrag gefordert – von einer Mindestaufnahme pro Jahr von 12 Lehrlingen. Das kommt mir wie ein typischer SPÖ-Antrag vor mit der verfehlten Personalpolitik der letzten Jahre.

Als positives Beispiel wurde die eww ag genannt. Diese ist mein Arbeitgeber und ich war jahrelang im Personalbüro und für die Lehrlingsaufnahme und der -betreuung zuständig. In der eww ag wird jedes Jahr in den Abteilungen eine Bedarfsplanung gemacht, bei der die Vorgesetzten mit den Mitarbeitern besprechen, ob Platz, ob das Know-how und die Ressourcen für einen Lehrling vorhanden sind. Wenn diese gegeben sind, steht einer Aufnahme nichts im Weg.

Es bringt einem Unternehmen nichts, Lehrlinge ohne entsprechenden Bedarf aufzunehmen. Daher stelle ich zur weiteren Diskussion den Geschäftsordnungsantrag auf Zuweisung gegenständlichen Initiativantrages an den Finanz- und Präsidialausschuss.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Paulusberger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 13) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an den Finanz- und Präsidialausschuss zur weiteren Beratung wird mit

19 Ja-Stimmen (FPÖ- und ÖVP- Fraktion)  
gegen 11 Nein-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
angenommen.

Bgm. Dr. Rabl und GR. Prof. Mag. Teubl sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht anwesend.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Parkgebühren-Verordnung der Stadt Wels geändert wird (6. Novelle der Parkgebühren-Verordnung der Stadt Wels)  
DI-Verf-2004-2017

Vzbgm. Kroiß: Zu diesem Dringlichkeitsantrag liegt mir einen Zusatzantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion vor, der lautet: „Davon unberührt bleibt die jeweils zulässige Höchstparksdauer, wobei der Beginn der Parkzeit mittels Parkuhr o.dgl. anzuzeigen ist.“

StR. Lehner: 2010 zeigte die Stadt Wels, dass sie im Bereich der E-Mobilität federführend ist und Spezialangebote für Besitzer von Fahrzeugen anbietet. Wir erließen damals eine Verordnung, die Elektrofahrzeuge von der Parkgebühr befreit. Ab April 2017 gibt es eigene Kennzeichen für diese Fahrzeuge. Damit ist es auch für Auswärtige leichter möglich in den Genuss einer Parkgebührenbefreiung zu kommen. Wir sind als Handelsstadt und als Innenstadt mit hervorragendem gastronomischem Angebot natürlich für viele Gäste attraktiv. Wenn wir als Stadt Wels zeigen können, dass wir die E-Mobilität schätzen und diese Technologie forcieren, halte ich es für einen sehr guten Vorschlag diese Verordnung mit möglichst wenig Bürokratie zu ändern.

Der eingebrachte Abänderungsantrag ist hier sehr zweckdienlich. In der vorhandenen Verordnung gibt es im entsprechenden Paragraphen einen Hinweis darauf, dass natürlich eine Parkuhr zu verwenden ist, um die Ankunftszeit ersichtlich zu machen. Es ist ja nur eine Befreiung von der Parkgebühr und nicht eine Befreiung oder eine Aufhebung der Kurzparkzone generell. Danke für diesen Zusatzantrag.

GR. DI Haydinger: Ich kann mich Herrn Stadtrat Lehner nur anschließen. Zum Zusatzantrag möchte ich anführen, dass das Parken in diesen Kurzparkzonen nur in Verbindung mit einem Ausweis maximal zwei Stunden möglich war - das ist auch in der jetzigen Novelle so vorgesehen. Natürlich kann diese Novelle ergänzt werden, damit es auch für die Besitzer von Elektroautos ganz klar geregelt ist. Ich begrüße diesen Antrag, denn die Zukunft der Automobilität ist elektrisch und klimafreundlich, das haben mittlerweile auch alle großen Autohersteller erkannt.

Die Stadt erkannte das schon viel früher als BMW, Audi und Co und begann bereits 2010 flächendeckend eine Lade-Infrastruktur aufzubauen. Diese wird weiter ausgebaut. Selbst in der Metropole Wien ist es außerhalb von kostenpflichtigen Tiefgaragen praktisch unmöglich Autos zu laden. Insofern kann ich diesen Antrag nur begrüßen, denn damit können wir diese Vorreiterrolle im Bereich der Elektromobilität weiter ausbauen.

Vzbgm. Huber: Als Umweltreferentin begrüße ich diesen Vorstoß natürlich sehr. Die „Energierstadt Wels“ nahm immer eine Vorreiterrolle ein. Wenn wir es schaffen auch die Umweltförderungen wieder neu aufzusetzen, dann sind wir wieder sehr gut unterwegs.

GR. Ganzert: Diese Initiative ist sehr begrüßenswert und ich möchte mich bei der Bundesregierung sehr herzlich bedanken, die es mit dem zuständigen Verkehrsminister ermöglichte. Sehr herzlich bedanken möchte ich mich auch für die bisherigen Wortmeldungen der FPÖ- und ÖVP-Fraktion betreffend unseren Zusatzantrag. Es ist nicht so leicht das entsprechend auseinanderzuhalten. Wir wollen verhindern, dass ein Besitzer eines Elektroautos mit einer grünen Plakette in die Innenstadt fährt und meint mit der Plakette so lange parken zu können, wie er möchte. Ich bedanke mich schon vorweg für die signalisierte Zustimmung zur Aufnahme dieses Punktes, der zur Klarstellung dienen soll.

Der Zusatzantrag (Anlage 2) wird

einstimmig angenommen.

Der Hauptantrag (Anlage 1) wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Resolution an das Verkehrsministerium eine ent-  
sprechende rechtliche Grundlage für die Ausstellung und  
die Verwendung von Taxilenker-Ausweisen zu schaffen  
DI-Verf-2005-2017

StR. Lehner: In einer gemeinsamen Besprechung mit der Wirtschaftskammer und Ta-  
xilenkern überlegten wir uns zahlreiche Maßnahmen, um die Taxisituation in Wels zu  
verbessern. Seit 2007 gibt es bereits Initiativen der Taxilenker zu einem Taxiausweis in  
Scheckkartenformat zu kommen. Initiativen, die bisher nicht fruchteten. In der ZIB 2  
wurde berichtet, es wird von der Bundesregierung angedacht, dass für die Taxikunden  
zukünftig Ausweispflicht bestehen soll. Deshalb unsere Initiative aus der Stadt Wels: Es  
soll sich zumindest der Taxilenker mit einem entsprechenden Taxiausweis ausweisen  
müssen. Dieser soll sichtbar – wie international üblich – aufliegen. Es gibt keine Stadt in  
der Welt, wo beim Einstieg nicht ersichtlich ist, wer das Taxi lenkt bzw. die dazugehöri-  
ge Berechtigung. In Österreich muss der Taxilenker außerdem Ortskenntnisse für das  
entsprechende Gebiet nachweisen. Das wünschen wir uns von der Bundesregierung  
und deshalb möchten wir diese Resolution mit Nachdruck versehen.

GR. Stojanovic, BSc: Die Servicequalität der Taxibranche in Wels zu verbessern ist ein  
guter Ansatz und erster Schritt in die richtige Richtung. Diverse Vorfälle in der Vergan-  
genheit lassen vor allem uns Frauen überlegen ein Taxi zu nehmen. Deswegen muss  
die Benützung eines Taxis in Wels wieder sicherer werden und deshalb müssen wir die  
Servicequalität verbessern und Maßnahmen setzen, um das zu erreichen. Ein Taxi in  
Anspruch zu nehmen muss ohne Bedenken möglich sein. Wir müssen sicher an unser  
gewähltes Ziel gebracht werden.

Um diese Sicherheit in der Stadt wiederherzustellen sind viele Maßnahmen notwendig,  
die wir in Zukunft umsetzen möchten, wie eine zu installierende Beschwerdestelle. Die-  
se nimmt sich der Beschwerden über Taxifahrten an, sammelt und bearbeitet diese.  
Sei es durch die Erstellung einer Broschüre über die Rechte und Pflichten der Taxifah-  
rer sowie der Taxikunden oder durch die stichprobenartige Kontrolle von Taxifahrten,  
als auch durch die Resolution an das Bundesministerium.

Nur durch all diese Maßnahmen schaffen wir es die Sicherheit der Taxikunden wieder-  
herzustellen, aber auch den Taxilenkern nicht die Möglichkeit zu geben, Situationen  
eventuell auf irgendeine Art und Weise auszunutzen. Durch die Ausweispflicht entsteht  
ein gewisses Vertrauensverhältnis - ich weiß, wer mein Gegenüber ist. Vor allem als  
Frau befürworte ich diese Resolution und fordere sie auf dieser zuzustimmen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 3) der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Resolution an die ÖBB Infrastruktur AG für einen rutschsicheren  
Übergang von Wels-Neustadt zum Gebäude des Hauptbahnhofes  
zu sorgen  
DI-Verf-2006-2017

Vzbgm. Kroiß: Vzbgm. Kroiß verliest den als Anlage 4 beiliegenden Antrag. Dazu liegt uns ein Abänderungsantrag (Anlage 5) der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion vor, der lautet: „Der Verkehrsreferent der Stadt Wels wird ersucht, umgehend mit der ÖBB Infrastruktur AG Kontakt aufzunehmen, damit eine geeignete Lösung für einen rutschsicheren Übergang von Wels Neustadt zum Gebäude des Hauptbahnhofes Wels gefunden wird.“

Ich darf mich dazu gleich zu Wort melden und übergebe den Vorsitz an Vzbgm. Huber.

Vzbgm. Kroiß: Geschätzte Kollegin Wildfellner! Den Abänderungsantrag stellten wir deswegen, weil ich heute mit den ÖBB in Linz telefonierte und diese einigermaßen erstaunt war, warum wir eigentlich nicht direkt mit den ÖBB telefonisch oder persönlich Kontakt aufgenommen haben, um dieses Problem abzuklären. Ich bin der Meinung, dieser Sachverhalt ist kein politischer und gehört nicht in den Gemeinderat. Hätte der Verkehrsreferent Klaus Hoflehner mit den ÖBB Kontakt aufgenommen, wäre diese Angelegenheit vielleicht schon vorige Woche gelöst worden bzw. hätte es von unserer Seite Anregungen dafür gegeben.

Wenn wir dieses Ersuchen an die ÖBB als Gemeinderat schicken, könnte es durchaus sein, dass uns die ÖBB nächste Woche über die ÖBB Infrastruktur AG ein Schreiben mit dem Ersuchen schickt, wir mögen doch die Gehsteige im Nahbereich des Bahnhofes räumen. Es wurde mir von Seiten der ÖBB Gesprächsbereitschaft signalisiert. Daher dieser Abänderungsantrag.

Vzbgm. Huber übergibt den Vorsitz wieder an Vzbgm. Kroiß.

StR. Hoflehner: Selbstverständlich bin ich gesprächsbereit und nehme mit den ÖBB Kontakt auf. Ich dachte mir die ÖBB sind ein Dienstleistungsbetrieb. Unmengen an Beschwerden landen bei Kollegin Wildfellner hier aktiv zu werden. Wenn die ÖBB es für notwendig finden, dass der Verkehrsreferent mit ihnen Kontakt aufnimmt um über diese sich jetzt thematisch veränderte Situation zu sprechen, sehe ich darin kein Problem.

GR. Wildfellner: Danke, dass du mit den ÖBB telefoniert hast. Ich gehe täglich über den Übergang und täglich beschwere ich mich. Das Problem besteht nicht bei Vereisung des Überganges, denn dann wird Salz oder andere Streumittel in Unmengen aufgebracht. Das Problem besteht wenn es regnet, denn dann wird daraus eine Rutschpartie. Ich habe das schon oft kritisiert, aber auch andere Mängel, wie das Verschwinden der Fahrkartenautomaten, die monatelang aufgrund eines Updates außer Betrieb waren. Dadurch bin ich ständig in Kontakt mit den ÖBB.

Ich werde doch als Benützer dieses langen Übergangs, wo Unmengen an Streumittel aufgebracht werden, wissen, dass das gemeldet und eine Lösung herbeigeführt werden müsste. Es werden diese dreieckigen Ständer „Achtung Rutschgefahr“ aufgestellt. Das heißt, die bestehende Rutschgefahr dürfte den Beteiligten bekannt sein.

Es sollten bei einem Teil des Übergangs – die Kosten für den ganzen Übergang würden enorm sein - Matten bzw. Streifen aufgelegt werden, die rutschfeste Flächen gewährleisten. Im Amtsblatt las ich gerade „Wels ermöglicht“. Vielleicht ermöglicht es Wels für die Bürger, die von der Neustadt in die Innenstadt und nicht durch die Unterführung ge-

hen wollen, in Form eines Zuschusses zu den Matten, auf denen unser farbenprächtiges „W“ aufgebracht werden kann und die Menschen in Wels damit begrüßt.

Vzbgm. Kroiß: Das Problem ist durchwegs bekannt. Es geht aber um die Vorgehensweise. Es hätte im Vorfeld mit den ÖBB gesprochen werden können.

GR. Hacker: Natürlich können wir die Wichtigkeit eines sicheren Zugangs bzw. Übergangs im Bahnhofsgebäude nur unterstützen. Wir von der ÖVP-Fraktion werden diesem Abänderungsantrag zustimmen. Allerdings sollte hier schon das persönliche Gespräch durch den zuständigen Referenten gesucht werden - und dies schnell und ziel führend. Direkte und schnelle Abklärung durch die Kompetenzträger, um die Maßnahmen für einen sicheren Übergang im Bahnhofsgebäude so rasch wie möglich umzusetzen, ist wichtig.

Liebe Kollegin, mit der Idee Matten aufzulegen, bin ich nicht ganz zufrieden. Speziell ältere Menschen übersehen diese Matten und würden hier eventuell stürzen. Es sollten sinnvolle Maßnahmen überlegt werden.

GR. Ganzert: Das von Kollegin Wildfellner Gesagte kann ich nur unterstreichen. Wir als Gemeinderäte, als Vertreter der Stadt Wels haben die Aufgabe und die Pflicht Missstände, die uns auffallen oder die uns von den Bürgern nahegebracht werden, aufzuzeigen und an passender Stelle zu deponieren. In diesem Fall bei der ÖBB Infrastruktur AG. Auch gab es bereits eine entsprechende Kritik an die ÖBB.

Unter der Telefonnummer 05-1717 kann Kritik geäußert werden. Ich selbst kenne das Beschwerdemanagement der ÖBB und das lässt in manchen Fällen noch zu wünschen übrig. Wenn bereits die Schilder „Vorsicht Rutschgefahr“ angebracht sind, es also offensichtlich ist und es nicht ausreicht mit solchen Kritikpunkten und Anregungen die ÖBB dazu zu bringen, braucht es Anträge wie diesen und das Bekenntnis des Gemeinderates.

Ganz verstehen kann ich den Abänderungsantrag der FPÖ-Fraktion nicht, weil der Verkehrsreferent als Stadtrat ohne Mandat sowieso Teil des Gemeinderates ist. Mir ist nicht klar, warum der Ball jetzt wieder an den Verkehrsreferenten zurückgespielt werden soll. Wichtig ist auf alle Fälle, auch wenn das Problem aufgrund steigender Temperaturen in einigen Tagen oder Wochen wieder gelöst ist, für die Zukunft, für den nächsten Winter, für alle Fahrgäste einen sicheren und rutschfreien Übergang zu gewährleisten.

GR. Wiesinger: Lieber Stefan Ganzert, du hast mich jetzt fast zu einer Wortmeldung genötigt, weil du diesen Abänderungsantrag nicht verstehst. Ich verstehe etwas anderes nicht. Dieser Antrag wurde von euch am Freitag, 10.22 Uhr, eingebracht und ich gehe davon aus, dass ihr euch zu diesem Thema vorher getroffen habt und es euch schon länger bekannt ist. Warum wird hier ein Antrag formuliert und nach Wien geschickt? Nach Einlangen des Briefes in Wien wird dort festgestellt, dass es in Wels rutschig ist und in der Zwischenzeit beginnt es zu tauen und das Problem ist nicht mehr gegeben.

Wir alle sind gewählt, um etwas zu tun und nicht um Anträge zu beschließen. Der ordentliche Weg dazu wäre, einfach anzurufen und schnell zu helfen. Denn wer schnell hilft, hilft doppelt. So ist der von mir mitgezeichnete Abänderungsantrag zu verstehen, weil eine Resolution immer etwas sehr Unpersönliches ist. Wir schicken irgendeinen

Brief an irgendeine Stelle, die wiederum dem Gemeinderat zurückschreibt. Deshalb ist es wichtig, dahinter eine Person stehen zu haben.

Wir alle kennen Herrn StR. Hoflehner. Wenn er sich um etwas annimmt, dann mit aller Kraft. Das heißt, er wird sich für dieses Thema einsetzen und deshalb unterstütze ich diesen Abänderungsantrag.

GR. Ganzert: Ich möchte kurz aus dem Antrag zitieren: „Die ÖBB Infrastruktur AG wird ersucht, entlang des Übergangs von Wels Neustadt zum Gebäude des Hauptbahnhofes Wels einen rutschsicheren Übergang durch geeignete Maßnahmen (Matten oder dergleichen) zu ermöglichen.“

Ich bin auf die Geheimnisse des Stadtrates sehr gespannt, wie er schneller die ÖBB erreicht, als wenn der Herr Bürgermeister als Vorsitzender des Gemeinderates dieses Schreiben versendet.

Die Stadt Wels möge etwas unternehmen. So wie ich das lese, verstehe ich das nicht so wie von dir vorhin gehört. Sorgen wir für die Lösung des Problems im besten Fall noch innerhalb dieser Kälteperiode, damit Unfällen vorgebeugt werden kann.

Vzbgm. Kroiß: Ich denke Kollege StR. Hoflehner hat genauso eine Hotline zur ÖBB, wie ich diese als Verkehrsreferent hatte.

GR. Wildfellner: Markus, es ist genau verkehrt! Wenn es eisig ist, wird Salz aufgebracht und der Übergang ist trocken. Wenn es regnet, wird mit den Schuhen Nässe hereingebracht und weil diese Glasfronten nicht ganz bündig sind, regnet es auch herein. Die größte Rutschgefahr ist bei „Schmuddelwetter“. Daher ist diese Thema nicht obsolet.

StR. Hoflehner: Es wurde jetzt so viel darüber gesprochen, was ich kann und ob ich tatkräftig bin, deshalb möchte ich selber dazu Stellung nehmen. Ich bin sicherlich keine „beleidigte Leberwurst“, daher werde ich selbstverständlich das machen, was ein Dienstleistungsbetrieb eigentlich ohne Aufforderung von allen möglichen Leuten machen sollte. Letztendlich geht es hier um die Probleme der Pendler und der Welser. Ich bin einigermaßen verwundert, dass es zu dieser Erledigung mich oder den Bürgermeister braucht.

GR. Haböck: Ich bin nicht nur darüber erstaunt, dass dieses Thema nicht vom zuständigen Referenten telefonisch abgehandelt wird, sondern, dass 36 politische Mandatare und 10 Beamte mit diesem Thema befasst werden müssen, die ÖBB aufzufordern in ihrem Hause Ordnung zu schaffen. Problematisch finde ich die dahinterstehende Denkweise. Wir hatten heute schon einen Antrag, bei dem der gesamte Gemeinderat damit beschäftigt war über eine App zu diskutieren, die seit 15 Jahren sowieso schon Standard sein müsste.

Das Problem ist der Welser Hauptbahnhof, der qualitativ unterirdisch ist, denn trotz eines Überganges ist das Niveau nicht wirklich gut. Das können wir leider nicht ändern. Sparmaßnahmen und falsche Versprechungen haben uns diesen Bahnhof eingebrockt, der einer Stadt wie Wels einfach unwürdig ist. Das Verhalten der ÖBB gegenüber der Stadt Wels ist – Stichwort Railjet – demütigend. Es ist zwar nicht ganz unwahr, denn der Railjet bleibt jetzt stehen, aber in Wirklichkeit wurden nur die Farbe, die Garnitur und die Sitzpolster ausgewechselt. Das Problem ist hier die Denkweise zur Lösung des

Problems. Sollen wir uns jetzt mit dem Auflegen von Matten oder der Salzstreuung zufrieden geben? Allein die Salzstreuung ist absolut niveaulos für diese Stadt.

Wenn wir das Stadtbild erneuern wollen, wäre es vielleicht besser, Herr Stadtrat kümmert sich um das Problem. Sollte dann vom Staatsbetrieb ÖBB, der von den Steuerzahlern finanziert wird, wieder eine Antwort kommen, bei der wir als Stadt Wels nicht ernst genommen werden, dann sollten wir uns als Gemeinderat, als zuständiges Gremium, um eine Gesamtlösung bemühen. Dazu braucht es aber zuerst die Antwort der ÖBB und das hätte mit einem Telefonat erledigt werden können. Wir als Gemeinderat sind nicht dafür zuständig uns um Selbstverständlichkeiten zu kümmern, die der Referent oder die Behörden auf kürzerem Weg erledigen könnten.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wenn wir über den Welser Hauptbahnhof reden, würde uns allen sehr viel einfallen. Wir sind uns alle einig - es wurde hier von Seiten der ÖBB ordentlich gepfuscht. Schließlich dauerte es Jahre bis er einigermaßen ohne Baustelle verfügbar war. Dass dieser Belag nach wie vor nicht den Anforderungen eines Hauptbahnhofes entspricht, darüber sind wir uns einig. Ich denke, wenn schon mit den ÖBB Kontakt aufgenommen wird, könnte auch ein Alternativvorschlag eingebracht werden. Dieser Übergang leidet hauptsächlich an den Bullaugen des oberen Bereichs, durch die der Schnee und der Wind hereinkommen. Damit ist dieser Übergang Wind und Wetter ausgesetzt, als würde man im Freien sein.

Sollte nicht hier etwas verändert werden? Denn im Inneren sind diese Bullaugen auch architektonisch vorhanden, allerdings mit Glas verschlossen. Es würde sehr viel bringen das Ganze zu verschließen, weil dadurch kein Schnee in diesen Übergang eindringen kann und sich die Glatteisgefahr verringern würde.

GR. Schönberger: Warum brachten wir diesen Antrag ein? Bei Verfolgung der Pressemeldungen rund um das Parkhaus mit den ÖBB nahmen wir an, der Bürgermeister und der Vizebürgermeister haben einen unmittelbaren Draht zu den ÖBB. In derartigen Aussendungen kam der Verkehrsreferent nie vor. Wir dachten, diese guten Kontakte könnten hier eingesetzt werden und es würde ein Telefonat genügen. Ich hoffe, die Wertschätzung des Verkehrsreferenten ist auch im Zuge aller anderen Dinge der ÖBB, speziell bei der Errichtung des Parkhauses, dementsprechend groß wie jetzt, wenn er sich darum kümmern darf, dass keiner auf dem Weg zum Zug ausrutscht.

Vzbgm. Kroiß: Damit ist der eigentliche Antrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion (Anlage 4) obsolet, weil er in seiner ursprünglichen Fassung nicht angenommen wurde.

Als Vorsitzender formuliere ich nun die endgültige Fassung: „Der Verkehrsreferent der Stadt Wels wird ersucht, umgehend mit der ÖBB Infrastruktur AG Kontakt aufzunehmen, damit eine geeignete Lösung für einen rutschsicheren Übergang von Wels Neustadt zum Gebäude des Hauptbahnhofes Wels gefunden wird.“ .

Der Abänderungsantrag (Anlage 5) der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Nach Abhaltung der Bürgerfragestunde von 16.56 Uhr bis 17.00 Uhr bedankt sich der Vizebürgermeister für die rege Diskussion und erklärt die Sitzung für beendet.

**H I N W E I S für Internet-Nutzer:**

*Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 24.04.2017 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.*